Bundestagswahl 2021

Die grüne Modernisierung des Kapitalismus

Revolutionäre Initiative Ruhrgebiet

© 2021

Inhaltverzeichnis

2. Einleitung

3. KapitalistInnen handeln

4. Umbrüche

5. Klassenkampf von unten

6. Das Wahlergebnis im Ruhrgebiet

7. Eine selbstgenügsame linke Partei

9. Die Linke in- und außerhalb der Linken

10. Klimaschutz mit den Grünen?

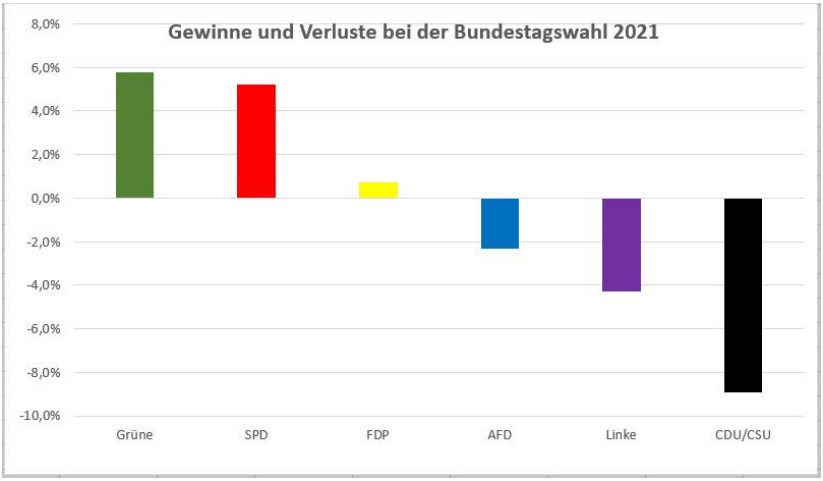
11. 29.10.: Alle zum Aktionstag der IG Metall!

Einleitung

Nach 16 Jahren CDU/CSU verlangt der Kapitalismus nach Modernisierung und Reformen von oben ähnlich wie nach der Adenauer-Ära. Die ErstwählerInnen verspürten dies am dringendsten. Viele wählten FDP und Grüne.
Merkel und Schäuble kürzten und sparten, wo sie konnten. Die schleppende Bekämpfung der Corona-Pandemie zeigte die Löcher, die die Privatisierung im Gesundheitswesen gerissen hatte. Fehlende Digitalisierung warf die überkommene 3-Klassen-Bildung noch weiter zurück. Die Aktionen von Fridays for Future deckten auf, dass die Klimakatastrophe im Zeitlupentempo nicht zu bekämpfen ist.
Fanden CDU/CSU schon nicht die Kraft, die Industrie zu reformieren, so fühlten sie sich stark genug, soziale Verbesserungen zu blockieren. Die Klassenjustiz kippte den Mietendeckel. Bundesregierung und Bahnvorstand wollten den EisenbahnerInnen die Betriebsrente kürzen. Ihre Corona-Prämie bekamen die Supermarktverkäuferinnen in Waren ausbezahlt. Die HartzIV-BezieherInnen wurden mit 3 Euro Erhöhung verhöhnt. Und die Abstandsregelung für neue Windräder zeigte nur die Distanz der Regierung zum Klimaschutz.

KapitalistInnen handeln

KapitalistInnen warten nicht auf eine Ampel-Koalition. KapitalistInnen erhöhen die Preise, um die während der Pandemie erlittenen Verluste auszugleichen. Als Immobilienkonzerne verdrängen sie die Lohnabhängigen aus den Innenstädten und ziehen ihnen mit Höchstmieten das Geld aus den Taschen. Als Industrielle schreien sie nach staatlichen Finanzspritzen, um auf grüne Produktion umzustellen. Mit New Work zielen sie auf die totale Flexibilisierung und Atomisierung der Belegschaften. Die Debatte, ob der Corona-Virus existiert oder nicht, interessiert sie längst nicht mehr. Nur FinanzkapitalistInnen, die in allen großen Konzernen vertreten sind, wollen nicht langfristig in grüne Produktion investieren, weil sie auf kurzfristige Profite setzen. Das ist objektiv die Position der AfD.



Gewinne und Verluste der Parteien bei der Bundestagswahl am 26. September 2021 im Vergleich zum 2017.

Umbrüche

Für FDP und Grüne, die jede auf ihre Weise die kapitalistische Modernisierung vorantreiben wollen, stimmten 12 Mio. WählerInnen. Als modernste Parteien des Kapitals gewannen sie zusammen 3 Mio. neue WählerInnen, von denen die FDP nur ein Zehntel überzeugte. Das AfD-Lager der Anti-Modernisierer, CoronaleugnerInnen und RassistInnen verlor eine Million WählerInnen. Die Modernisierungsblockierer der CDU/CSU verloren das Vertrauen von 4,1 Mio. WählerInnen. Die SPD, die als Juniorpartnerin in der Großen Koalition kräftig mitblockiert hatte, gewann 2,4 Mio. WählerInnen. Wie Willy Brandt für die Öffnung des Handels mit Osteuropa, wie Gerhard Schröder für HartzIV, Rente mit 67 und Auslandseinsätze der Bundeswehr, so brauchen die Herrschenden die SPD von Olaf Scholz für die neue Umbruchperiode.

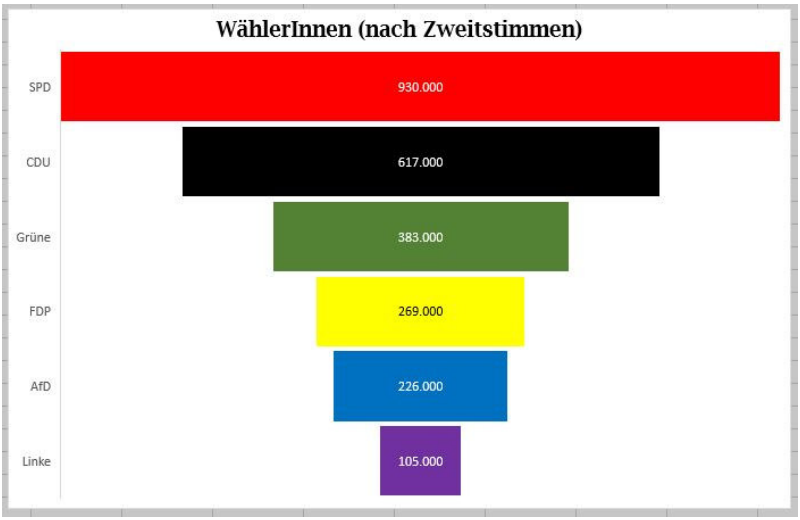
Klassenkampf von unten

Die Schutzmaßnahmen gegen Corona hatten den Widerstand von Fridays for Future, der Gewerkschaften und Belegschaften gelähmt. Demonstrationen fielen aus; Betriebsversammlungen fanden nur noch online statt. Gleichzeitig bekamen die Corona-LeugnerInnen freie Bahn, sich überall zu organisieren. Die politische Verwirrung kandidierte als eine Vielzahl neuer Parteien. Jenseits der AfD wählten 842.000 Menschen Die Basis und Team Todenhöfer.

Mit dem Weltklimastreik zwei Tage vor der Wahl schüttelte Fridays for Future die Corona-Lähmung ab. In 470 Städten gingen 620.000 Menschen auf die Straßen. Die EisenbahnerInnen der GDL durchbrachen die soziale Blockade der Regierung. Ihre bescheidenen Forderungen setzten sie mit elf Tagen Streik durch. Der Kampf der GDL könnte in den verknöcherten, sozialpartnerschaftlichen DGB-Gewerkschaften die Opposition gegen die Gewerkschaftsbürokratie zu neuem Leben erwecken. In Berlin sprachen sich mehr als eine Million Menschen in einem Volksentscheid für die Enteignung der Wohnungskonzerne aus. Der Klassenkampf von oben wird mit Klassenkampf von unten beantwortet.

Das Wahlergebnis im Ruhrgebiet

In 20 Wahlkreisen des Ruhrgebiets durften 3,7 Mio. Menschen wählen; 2,7 Millionen taten es:



Die SPD gewann 19 Direktmandate außer in Essen III, das an die CDU fiel. In Dortmund I, Bochum I und Essen III landeten Die Grünen bei über 20 Prozent. Die AfD kam leider in DU II (Hamborn-Neumühl), Gelsenkirchen und Essen II (Katernberg-Altenessen) über 10 %. Sie erreichte bei den Erststimmen in DU II sogar 13,8 % und in Gelsenkirchen 14 %.
Nur im Wahlkreis Bochum I kam Die Linke über 5 % der Zweitstimmen, in Hamborn-Neumühl bei den Erststimmen. Aber in Bottrop-Recklinghausen III kam sie bei den Erststimmen nur noch auf 2,6 %, in Recklinghausen II auf 2,8% und in Mühlheim-Essen I auf 2,7%. Die Linke leidet unter Auszehrung.

Eine selbstgenügsame linke Partei

2,2 Mio. Menschen wählten Die Linke bundesweit – zwei Millionen weniger als 2017. Mit Glück zog sie über drei Direktmandate in den Bundestag ein. Sie verlor nicht nur die rote Farbe ihrer Wahlplakate an die SPD, sondern auch 800.000 WählerInnen. Kurz vor der Wahl lief die neue Parteispitze der Linken der Fata Morgana einer ´Linksregierung` hinterher. Wie kommen sie im Karl-Liebknecht-Haus auf die Idee, dass die Konzerne ausgerechnet Die Linke brauchen, um den Kapitalismus zu modernisieren?

Zur Umstellung der Industrie auf grüne Produktion brachte Die Linke herzlich wenig vor. Warum forderte sie nicht, alle staatlichen Finanzhilfen an Unternehmen in öffentliche Beteiligungen umzuwandeln? Warum stellte sie nicht die Verhöhnung der HatzIV-BezieherInnen durch die Erhöhung der Bezüge um ganze 3 Euro in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes, um 100 Euro mehr zu fordern?

Parlamentarismus und Mandate ließen Die Linke selbstgenügsam werden. Zwei Beispiele:

Zu den Wahlkampfauftritten mit Janine Wissler mobilisierten Kreisverbände 50 - 100 ZuschauerInnen. Zu Veranstaltungen mit Sahra Wagenknecht kamen 2017 in die gleichen Städte 500 – 800 BesucherInnen. Warum riss sich früher die reformistische Partei mit linkssozialdemokratischen Flügel um Auftritte des Linkssozialdemokraten Lafontaine,

glaubt aber heute auf Auftritte der Linkssozialdemokratin Wagenknecht verzichten zu können?
Die Linke blockierte auch die Bemühungen der KurdInnen um ein Mandat. Wer meint, es sich leisten zu können, diese stark politisierte und linke Schicht der ArbeiterInnenklasse nicht in seinen Wahlkampf einbinden zu müssen, wird nach den Wahlniederlagen in NRW und nun bei der Bundestagswahl noch manche Schlappe erleben.

Die Linke in- und außerhalb der Linken

Man muss nicht Sahra Wagenknechts Thesen verteidigen, um zu sehen: Die Anpassung, für die sie zwei Jahrzehnte brauchte, schaffte Janine Wissler im Hit-Paraden-Schnelldurchgang. In der Schlussrunde im ARD/ZDF (Donnerstag 23.09.) zum Klimaschutz befragt, rief die Marx21-Anhängerin nicht die ZuschauerInnen auf, einen Tag später in allen Städten für das Weltklima zu streiken. Und vom Moderator auf die Enteignung der Immobilienkonzerne in Berlin angesprochen, rief sie nicht die BerlinerInnen auf, am Sonntag für Enteignung zu stimmen. Das ist Entrismus live! Die Linken in der Linken agieren nicht anders als die JUSOS in der Willy Brandt-SPD.

Die DKP bekam 15.000 Zeitstimmen (+ 3.500). Die MLPD hängte dem Augenschein mehr Plakate auf, als die 18.000 Zweitstimmen, die sie bekam, davon keine zweitausend im Ruhrgebiet. Über den Verlust von 11.790 Zweitstimmen darf sich eine Partei, die gegen Zechenschließungen ist, nicht wundern.

Klimaschutz mit den Grünen?

Werden die Grünen an der Regierung ihre Klimaziele verraten? Sicher! Aber eine Ampelkoalition wird auch versuchen, die Versäumnisse ihrer Vorgänger auszubügeln. Der kapitalistische Modernisierungsbedarf ist ungeheuer. Wo sie sich nicht durchsetzen, werden die Grünen auf ihre Koalitionspartner verweisen. Schutz für das Klima garantiert nicht der Eintritt der Grünen in eine bürgerliche Regierung, sondern die weltweite Bewegung Fridays for Future.

29.10.: Alle zum Aktionstag der IG Metall!

Während der Corona-Pandemie gingen die Gewerkschaften auf Tauchstation. Jetzt ruft die IG Metall zum Aktionstag am 29. Oktober auf. Es geht um den Umbau der Industrie auf grüne Produktion. Allein bei Thyssenkrupp-Steel kostet die Umstellung auf grünen Stahl 10 Mrd. Euro; für die deutsche Stahlindustrie 30 Mrd. Euro. Das können die Stahlkapitalisten nicht alleine stemmen.
Die IG Metall fordert „500 Milliarden Euro öffentliche Zukunftsinvestitionen“. Auch wenn das richtig ist: Um solche Finanzspritzen vom Staat zu fordern, brauchen die KapitalistInnen nicht die IG Metall. Das können sie alleine. Und wir brauchen nicht die IGM als Lobbyorganisation für die Konzerne.

Wir brauchen die IG Metall, um außer „500 Milliarden Euro öffentliche Zukunftsinvestitionen“ auch noch 500 Mrd. Zukunftsinvestitionen von den KapitalistInnen zu fordern. Dazu könnte die IG Metall für jedes einzelne Unternehmen und für jeden Konzern konkrete Forderungen aufstellen. Wir fordern z.B. von der Thyssenkrupp AG 5 Mrd. Euro Investitionen in grünen Stahl. Das ist die Hälfte der benötigten Summe. Oder sollen die Lohnabhängigen als

SteuerzahlerInnen die Transformation der Industrie alleine bezahlen?
Und wir brauchen die IG Metall, um „500 Milliarden Euro öffentliche Zukunftsinvestitionen“ d.h. die staatlichen Finanzspritzen an Unternehmen für grüne Produktion / grünen Stahl in staatliche Anteile an diesen Unternehmen umzuwandeln. Der erfolgreichste Weg zur Umstellung auf grünen Stahl bei gleichzeitiger Sicherung der Arbeitsplätze heißt: Grüne Produktion in Öffentliche Hand!
Die Umstellung auf grüne Produktion betrifft nicht nur die Industrie, sondern alle Branchen. Sie geht nicht nur die IG Metall, sondern alle Gewerkschaften an. Deshalb muss der Aktionstag am 29.10. zum Aktionstag aller Gewerkschaften und der ganzen ArbeiterInnenklasse werden.

Duisburg, 03.10.2021

Revolutionäre Initiative Ruhrgebiet

www.riruhr.org
info@riruhr.org

© Oktober 2021